

Dominik Brodowski

Die Evolution des Strafrechts

Strafverfassungsrechtliche, europastrafrechtliche und
kriminalpolitische Wirkungen auf Strafgesetzgebung



Nomos

Band 21

Neue Schriften zum Strafrecht



Nomos

Herausgegeben von

Prof. Dr. Martin Böse, Universität Bonn

Prof. Dr. Gunnar Duttge, Universität Göttingen

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Urs Kindhäuser, Universität Bonn

Prof. Dr. Dr. h.c. Dr. h.c. Claus Kreß LL.M., Universität Köln

Prof. Dr. Hans Kudlich, Universität Erlangen-Nürnberg

Prof. Dr. Dr. h.c. Lothar Kuhlen, Universität Mannheim

Prof. Dr. Ursula Nelles, Universität Münster

Prof. Dr. Dres. h.c. Ulfrid Neumann, Universität Frankfurt am Main

BVR Prof. Dr. Henning Radtke, Bundesverfassungsgericht Karlsruhe

Prof. Dr. Klaus Rogall, Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Frank Saliger, Universität München

Prof. Dr. Helmut Satzger, Universität München

Prof. Dr. Brigitte Tag, Universität Zürich

Prof. Dr. Thomas Weigend, Universität Köln

Prof. Dr. Wolfgang Wohlers, Universität Basel

Prof. Dr. Rainer Zaczyk, Universität Bonn

Dominik Brodowski

Die Evolution des Strafrechts

*Strafverfassungsrechtliche, europastrafrechtliche und
kriminalpolitische Wirkungen auf Strafgesetzgebung*

Nomos Verlagsgesellschaft

Prof. Dr. Dominik Brodowski, LL.M. (Univ. of Pennsylvania), geboren 1980, studierte Rechtswissenschaften in Tübingen und legte 2006 die erste juristische Staatsprüfung ab. 2007 folgte der Master of Laws an der University of Pennsylvania in Philadelphia (USA), 2012 die zweite juristische Staatsprüfung. Zunächst in Tübingen, später in München war er wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Prof. Dr. Joachim Vogel, RiOLG. 2015 wurde er von der Universität Tübingen mit einer Arbeit über „Verdeckte technische Überwachungsmaßnahmen im Polizei- und Strafverfahrensrecht“ promoviert. Anschließend war er wissenschaftlicher Mitarbeiter in Frankfurt a.M. bei Prof. Dr. Christoph Burchard, LL.M. (NYU) und Prof. Dr. Matthias Jahn, RiOLG. An der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a.M. wurde er im Juni 2021 habilitiert und erhielt die Lehrbefugnis für Strafrecht, Strafprozessrecht, Europäisches und Internationales Strafrecht, IT-Strafrecht sowie Wirtschaftsstrafrecht. Seit 2018 ist er an der Universität des Saarlandes tätig, zunächst als Juniorprofessor, seit 2022 als Universitätsprofessor für Strafrecht und Strafprozessrecht.

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – 499372082.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Habil., Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt a.M., 2021

1. Auflage 2023

© Dominik Brodowski

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-8487-8676-3
ISBN (ePDF): 978-3-7489-3045-7

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748930457>



Onlineversion
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

Das Buch wurde auf alterungsbeständigem Werkdruckpapier gedruckt und fadengeheftet.

Vorwort

Bei dieser Monographie handelt es sich um eine aktualisierte Fassung des Manuskripts, das im Sommersemester 2021 vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Johann Wolfgang Goethe-Universität als Habilitationsschrift angenommen wurde. Für diese Druckfassung konnten Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur bis Januar 2023 berücksichtigt und der Untersuchungszeitraum um die 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags ergänzt werden.

Betreut wurde das Habilitationsverfahren durch *Matthias Jahn*, dem ich an dieser Stelle ganz besonders herzlich für seine Unterstützung, seinen Rat und dafür danken möchte, wie er mich in sein Team aufgenommen hat, nachdem ich nach dem Tod von *Joachim Vogel* auf der Suche nach einer neuen akademischen Heimat war. Mit dem Strafverfassungsrecht als wesentlichem Topos der Schrift knüpfe ich an ein zentrales Forschungsfeld meiner beiden akademischen Lehrer an. *Cornelius Prittwitz* möchte ich für sein Zweitgutachten herzlich danken, den anonymen Gutachterinnen und Gutachtern sowie der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für die Förderung der Open-Access-Publikation.

Entstanden ist diese Monographie teils während meiner Frankfurter Assistentenzeit, teils während meiner Tätigkeit als (Junior-)Professor an der Universität des Saarlandes. Meinem Team rund um *Maria Gahn*, *Julia Reichmann* und *Christoph Zoller* danke ich sehr herzlich für unermüdliche Scan- und Korrekturdienste (»all remaining errors are my own«), den Saarbrücker Kolleginnen und Kollegen (im Strafrecht *Marco Mansdörfer* und zunächst *Heinz Koriath*, nunmehr *Mustafa Temmuz Oğlakcioğlu* sowie, als Emeritus, *Heike Jung*) für deren wohlwollende Unterstützung dieses Forschungsvorhabens. Sehr dankbar bin ich für meinen beruflichen und akademischen Freundeskreis, aus dem ich hier – angesichts besonderer Bezüge zu dieser Schrift – *Christoph Burchard*, *Eduardo Saad-Diniz*, *Johanna Sprenger* und *Liane Wörner* namentlich hervorheben möchte.

Glücklich schätze ich mich schließlich wegen meines privaten Umfelds, vor allem wegen der beständigen Unterstützung durch meine Eltern, durch meine Verwandten und Freunde – und insbesondere durch *Verena*.

Saarbrücken/Rosenheim, im Januar 2023

Dominik Brodowski

Inhaltsübersicht

Erster Teil: Einführung	33
Zweiter Teil: Statisches und Dynamisches im Strafrecht – Strafverfassungsrechtliche, europastrafrechtliche und kriminalpolitische Wirkungen auf das materielle Strafrecht	79
§ 1 Statisches im Strafrecht	81
§ 2 Dynamisches im Strafrecht	311
§ 3 Das Zusammenspiel von statischen und dynamischen Wirkmechanismen und die Evolution des Strafrechts	373
Dritter Teil: Strafgesetzgebung in Deutschland und Europa	383
§ 4 Strafgesetzgebung in Deutschland	385
§ 5 Strafgesetzgebung in der Europäischen Union	443
§ 6 Strafgesetzgebung in der 13. bis 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages	499
Vierter Teil: Dynamische Bestimmtheit von Strafnormen	559
§ 7 Spezifika des strafverfassungsrechtlichen Gesetzlichkeitsprinzips (Art. 103 Abs. 2 GG)	561
§ 8 Dynamische Elemente der (Un-)Bestimmtheit von Strafnormen	623
Fünfter Teil: Schlussbetrachtung	649
Anhang A: Evolution des StGB in der 13. bis 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages	665
Anhang B: Materielles Europäisches Strafrecht im Überblick	755
Literaturverzeichnis	777
Stichwortverzeichnis	845

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil: Einführung	33
I. Säulen dieser Untersuchung	35
1. Strafverfassungsrecht	36
a) Strafrecht, Strafrechtswissenschaft und (deutsches) Verfassungsrecht	36
b) Herausbildung des »Strafverfassungsrechts« als »Leit- oder Schlüsselbegriff«	45
2. Kriminalpolitik und Kriminalpolitikwissenschaft	49
a) Kriminalpolitik	49
aa) »Aktive« Kriminalpolitik	49
bb) Kriminalpolitik als Politikfeld	52
(1) Kriminalpolitik als »policy«	53
(2) Kriminalpolitik als »politics«	54
(3) Kriminalpolitik als »polity«	56
b) Kriminalpolitikwissenschaft	57
3. Gesetzgebungslehre und Strafgesetzgebungslehre	60
a) Gesetzgebungslehre	60
b) Strafgesetzgebungslehre	62
II. Eigener Ansatz	65
1. »Evolution des materiellen Strafrechts« – Zum Gegenstand dieser Untersuchung	66
2. Statiken, Dynamiken und Wechselwirkungen – Zum Erkenntnisinteresse dieser Untersuchung	70
a) Wirkmechanismen der Evolution des materiellen Strafrechts	70
b) Europäisierte Strafgesetzgebung – Strafgesetzgebungslehre und Strafgesetzgebungspraxis in der 13. bis 19. Legislaturperiode	73
c) Wechselwirkungen zwischen Strafgesetzgebung und Rechtsprechung	74
3. Strafverfassungsrecht, Kriminalpolitikwissenschaft, Strafgesetzgebungslehre – Zur Methodik dieser Untersuchung	75
III. Gang der Untersuchung	76

Zweiter Teil: Statisches und Dynamisches im Strafrecht – Strafverfassungsrechtliche, europastrafrechtliche und kriminalpolitische Wirkungen auf das materielle Strafrecht	79
§ 1 Statisches im Strafrecht	81
I. Rechtsförmlichkeit	82
1. Unbefristete Fortgeltung des StGB	84
a) Rechtstheoretischer Hintergrund	84
b) Zeitgesetze und experimentelle Strafgesetzgebung	86
c) Resistenz gegen strafverfassungsrechtliche Kontrolle	87
aa) Nachkonstitutionelles Recht	87
bb) Vorkonstitutionelles Recht	90
d) Zusammenführung	91
2. Erfordernis von Parlamentsgesetzen zur Änderung des StGB	91
3. Dauerhaftigkeit von Gesetzgebung	93
a) Verbot von strafrechtlicher Einzelfallgesetzgebung	94
b) Strafverfassungsrechtliches Gebot der Dauerhaftigkeit von Gesetzen	95
c) Kontinuität auch in Zeiten politischen Wandels	96
II. Konstitutionalisierung des Allgemeinen Teils	97
1. Ausdrückliche Konstitutionalisierung	99
a) ... im Bereich der Rechtsfolgen der Tat	99
aa) Verbot der Todesstrafe (Art. 102 GG, Art. 2 Abs. 2 GRCh, Art. 1 EMRK ZP-6, Art. 1 EMRK ZP-13)	99
bb) Misshandlungsverbot (Art. 104 Abs. 1 Satz 2 GG); Verbot der Folter sowie erniedrigender Strafe oder Behandlung (Art. 3 EMRK, Art. 4 GRCh)	100
cc) Freiheit der Person (Art. 2 Abs. 2 Satz 2 GG, Art. 5 EMRK, Art. 6, 49 Abs. 3 GRCh)	101
(1) Zeitige Freiheitsstrafe	102
(2) Lebenslange Freiheitsstrafe	103
(3) Maßregelvollzug, insbesondere Sicherungsverwahrung	106
dd) Eigentum (Art. 14 GG, Art. 1 EMRK ZP, Art. 17 Abs. 1 GRCh)	107
(1) Geldstrafe	107
(2) Vermögensstrafe	108
(3) Einziehung (Vermögensabschöpfung)	109
ee) Allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG) und spezielle Grundrechte	110

ff)	Doppelverfolgungs- und Doppelbestrafungsverbot (Art. 103 Abs. 3 GG, Art. 4 EMRK ZP-7, Art. 50 GRCh)	111
b)	... im Bereich der Rechtfertigung und des Strafbarkeitsausschlusses	112
aa)	Widerstandsrecht (Art. 20 Abs. 4 GG)	113
bb)	Wahrheitsgetreue Parlamentsberichterstattung (Art. 42 Abs. 3 GG)	113
cc)	Indemnität (Art. 46 Abs. 1 GG)	114
c)	... durch das Gesetzlichkeitsprinzip (Art. 103 Abs. 2 GG, Art. 7 EMRK, Art. 49 Abs. 1 und 2 GRCh)	115
aa)	Rückwirkungsverbot	115
bb)	Verbot analoger oder außergesetzlicher Strafbegründung oder -schärfung; Parlamentsvorbehalt	116
cc)	Inhaltliche Bestimmtheit	117
d)	... durch Maßgaben des europäischen und internationalen Strafrechts	117
aa)	EU-Primärrecht; EMRK	117
bb)	EU-Sekundärrecht	118
	(1) Strafanwendungsrecht	119
	(2) Teilnahme	121
	(3) Versuch	124
	(4) Verjährung	125
	(5) Rechtsfolgen der Tat im Allgemeinen	126
	(6) Vermögensabschöpfung im Besonderen	126
	(7) Zusammenführung	127
cc)	Völkervertragsrecht	128
2.	Implizite Konstitutionalisierung	129
a)	Schuldprinzip	129
aa)	Grundgesetzliche Dimension	130
	(1) ... im Spiegel der Verfassungsrechtsprechung	130
	(2) ... im Spiegel der Straf- und Verfassungsrechtswissenschaft	132
bb)	Europaverfassungsrechtliche Dimension	137
cc)	Kriminalpolitische Dimension	139
b)	Verhältnismäßigkeit, Gleichheit und materielle Gerechtigkeit	141
aa)	Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	141
	(1) Begrenzung der Rechtsfolgen der Tat (einschließlich Strafzumessung)	141

(2) Eingriff in das Grundrecht auf Freiheit von Sanktionierung	142
(3) Eingriffslegitimierende Rechtfertigungsgründe, insbesondere Notwehr (§ 32 StGB)?	144
bb) Gleichheitsgrundrecht (Art. 3 Abs. 1 GG)	146
(1) Maßstabsbildung in der Rechtsprechung des BVerfG	146
(2) Strafverfassungsrechtliche Maßstäbe	148
cc) Materielle Gerechtigkeit	152
c) Naturrecht bzw. übergesetzliches Recht	152
d) Einheit bzw. Widerspruchsfreiheit der Strafrechtsordnung und die konstitutionalisierende Kraft der Strafrechtsdogmatik	155
aa) Strafverfassungsrechtliche Rekonstruktion	156
bb) Kriminalpolitische Rekonstruktion	158
e) Strafanwendungsrecht und das Erfordernis eines völkerrechtlich legitimierenden Anknüpfungspunkts	159
3. Prozedurale Konstitutionalisierung	162
a) (Rationalitäts-)Anforderungen an das Gesetzgebungsverfahren	163
b) Zeitliche Kontinuität als Verfassungsprinzip (<i>A. Leisner</i>)	165
c) Argumentationslast in Verbindung mit »in dubio pro libertate« (<i>Kaspar</i>)	167
d) Diskurstheorie und Strafgesetzgebung (<i>J. Vogel</i>)	169
e) »Weiche« Konstitutionalisierung mittels <i>Radbruch</i> 'scher Formel	171
4. Zusammenführung	173
III. Pönalisierungspflichten und -obliegenheiten	175
1. Europa- und völkerrechtliche Vorgaben	175
a) Vorgaben des EU-Primärrechts	176
aa) Loyalitätsverpflichtung (Art. 4 Abs. 3 EUV)	177
bb) Konkretisierung durch Art. 325 Abs. 1 und 2 AEUV	179
cc) Konkretisierung durch Art. 30 EuGH-Satzung	181
dd) Konkretisierung durch Art. 194 Abs. 1 UAbs. 2 EAGV	182
b) Vorgaben des EU-Sekundärrechts	182
aa) Rechtsgrundlagen	183
bb) Typologie und Struktur	185
cc) Reichweite der unionsrechtlichen Vorgaben	189
dd) Zur Umsetzung von kriminalstrafrechtlichen Vorgaben durch das bzw. im StGB	192
c) Vorgaben des Völkerrechts	194

aa) Völkergewohnheitsrecht einschließlich des <i>ius cogens</i>	194
(1) Völkerstrafrecht	195
(2) Folterverbot	196
(3) Straftaten gegen ausländische Staaten und deren Repräsentanten	197
bb) Völkervertragsrecht	197
(1) Ausgangspunkt: freiwillige Bindung ohne normative Konstitutionalisierung	198
(2) Ausnahme: Resolutionen des VN-Sicherheitsrats (insbesondere S/RES/1373 [2001])	199
(3) Kriminalpolitische Konstitutionalisierung	200
cc) Empfehlungen (»soft law«)	202
2. Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker (Art. 26 Abs. 1 Satz 1 i.V.m. Satz 2 GG)	204
3. Verfassungsrechtliche Schutzpflichten und -obliegenheiten	207
a) Grundrechtliche Konstruktion	208
aa) Schutzfunktion der Grundrechte	208
(1) BVerfGE 39, 1 (»Schwangerschaftsabbruch I«)	209
(2) BVerfGE 88, 203 (»Schwangerschaftsabbruch II«)	211
(3) Weitere Rechtsprechung des BVerfG	212
(4) Positive Verpflichtungen (»positive obligations«) des europäischen Menschenrechtsschutzes	213
(5) Verbleibende Unklarheiten über Reichweite, Intensität und Durchsetzbarkeit	217
(6) Notwendigkeit einer weiteren Eingrenzung: Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit demokratisch-politischer Mitgestaltung	223
bb) Grundrecht auf Sicherheit	225
(1) Grundrecht auf Sicherheit (<i>Isensee</i>)	225
(2) Recht auf Freiheit und Sicherheit (Art. 5 EMRK, Art. 6 GRCh)	226
b) Sicherheitsverantwortung des Staates und Obliegenheiten zur Kriminalisierung	229
aa) Strafverfassungsrechtliche Fundierung	229
bb) Weitere Konkretisierung und Prozeduralisierung (»weiche« Konstitutionalisierung)	232
cc) Strafrechtskultur und transkulturelles Strafrecht	234
4. Zusammenführung	235
IV. Pönalisierungsgrenzen und -hemmnisse	237
1. Verfassungs- und Unionsrechtskonformität der Verhaltensnorm	237

a)	Verhaltensnorm als rechtfertigungsbedürftiger Grundrechtseingriff	238
aa)	Eröffnung jedenfalls des Schutzbereichs der allgemeinen Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG)	238
bb)	Eingriffsqualität von Strafgesetzgebung	241
cc)	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	243
dd)	Relevanz der EMRK	245
b)	Unionsrechtskonformität der Verhaltensnorm	246
c)	Kriminalpolitische Perspektive	247
aa)	Grundrechte und grundrechtsbezogene Rechtsprechung des BVerfG als »polity«	248
bb)	Breiter politischer Handlungsspielraum	249
2.	Verfassungs- und Unionsrechtskonformität der Sanktionsnorm bzw. der sanktionsbewehrten Verhaltensnorm	250
a)	Gesetzgebungskritische Rechtsgutslehre	250
aa)	Abschichtungen	250
(1)	Auslegungsleitende Funktion	251
(2)	Kriminalpolitische Klugheitsregel: »policy«, echte oder scheinbare »polity«?	251
bb)	Verfassungsrechtlicher Gehalt	253
(1)	Ausgangspunkt: BVerfGE 120, 224	253
(2)	Verfassungsrechtliche Konstruktionen	254
(3)	Wiederauferstehung in BVerfGE 153, 182?	258
b)	Strafrecht im Vergleich zu anderen Regelungsmodellen: Strafrecht als »Ultima Ratio«	260
aa)	Kriminalpolitische Klugheitsregel: »policy«, echte oder scheinbare »polity«?	261
bb)	Strafverfassungsrechtliche Deutungs- und Argumentationsmuster	262
cc)	Das Grundrecht auf Freiheit von Sanktionierung und Ultima Ratio als Schranken-Schranke (M. Jahn/Brodowski)	263
c)	Verhältnismäßigkeit der Sanktionsnorm bzw. der sanktionsbewehrten Verhaltensnorm	264
aa)	Verhältnismäßigkeit der Sanktionsnorm	265
bb)	Verhältnismäßigkeit der sanktionsbewehrten Verhaltensnorm	267
cc)	Unionsrechtskonformität der Sanktionsnorm	271
3.	Prozeduralisierung	274
4.	Zusammenführung	275
V.	Verfügbarkeit von Ausweichmechanismen	276

1. Strafrechtsinterne Spielräume	276
a) Gewohnheitsrecht und ständige Rechtsprechung im Allgemeinen Teil	277
b) Rechtsfortbildung <i>intra legem</i>	279
c) Rechtsfortbildung <i>praeter</i> und <i>contra legem</i>	281
d) Spielräume bei der Rechtsauslegung und -anwendung	283
2. Strafrechtsrelativierung abseits formeller Entkriminalisierung	285
a) Prozessuale Strafrechtsrelativierung	285
b) Ressourcensteuerung	287
c) Materiell-rechtliche Strafrechtsreduktion	288
3. Strafrechtsintensivierung abseits formeller Kriminalisierung	290
a) Expansion des Sicherheitsrechts	290
b) Prozessuale Strafrechtsintensivierung; Ressourcensteuerung	293
c) Materiell-rechtliche Strafrechtsintensivierung	293
d) (Teil-)Exkurs: Nebenstrafrecht	294
4. Zusammenführung	295
VI. Strafrechtskontinuität als »policy«	296
1. Schuldzentrierung	296
2. StGB als »Grundgesetz für den Bürger«?	297
a) Rechtliche und faktische Zweifel	298
b) Grundtatbestände des StGB als (Teil-)Kodifikation des transkulturellen Strafrechts	299
c) Besondere öffentliche Wahrnehmung des StGB	300
3. Hinreichende Zufriedenheit mit dem Kriminaljustizsystem in Deutschland	301
a) ... in Strafrechtspraxis und -wissenschaft	302
b) ... der Öffentlichkeit	303
c) ... ausweislich der Wahlprogramme	304
4. Asymmetrische politische Anreize für Änderungen des StGB	306
a) Wahrgenommene Handlungsnotwendigkeit und deren Vermittlung	306
b) Politischer »Nutzen«	307
5. Zusammenführung	309
§ 2 Dynamisches im Strafrecht	311
I. Typologie	314
1. Formale Änderungen	314
a) Neubekanntmachung	314
b) Berichtigung	315
c) Redaktionelle Änderung	316

2. Materielle Änderungen	316
a) ... im Besonderen Teil	317
aa) Expansion und Reduktion	317
bb) Intensivierung und Relativierung	318
cc) Schärfung und Milderung	319
b) ... im Allgemeinen Teil	319
3. Deklaratorische Änderungen	319
a) Entscheidungen des BVerfG	320
b) Kodifikation von Rechtsprechung	321
II. Zur Änderungsrate bei Verfassungen	321
1. Empirischer Zugang	322
2. Diskussion	323
3. Transfer auf das Strafrecht	324
III. Ursachen	326
1. Demokratizität und politische Symbolik als Schein-Ursachen	327
2. Anpassung an die (ihrerseits dynamische) Statik	328
a) Verfassungsrecht	328
aa) Rückführung in den »Korridor«	328
bb) Veränderung des »Korridors«	330
b) Europäisches und Internationales Strafrecht	332
aa) EMRK	332
bb) EU-Strafrecht (Europäisches Strafrecht i.e.S.)	333
cc) Völkerrecht	334
3. Verhaltensregulierung	336
a) Ziel des Strafrechts und der Strafgesetzgebung: Verhaltensregulierung	336
aa) Manifeste Funktionen und Ziele	337
bb) Latente Funktionen und Ziele	338
(1) ... auf »Handelndenseite«	338
(2) ... auf »Verletztenseite«, auf Seiten Dritter und auf gesellschaftlicher Ebene	339
(3) Auswirkungen latenter Funktionen auf die Verfassungskonformität von Strafgesetzen	340
cc) Zusammenführung	342
b) Wichtige Fallgruppen aktueller Strafgesetzgebung zur Verhaltensregulierung	345
aa) Befriedung gesellschaftlicher Konflikte	345
bb) Technische, wirtschaftliche und ökologische Entwicklung	346
cc) (Wahrgenommener) Wandel von Verhaltensweisen auf »Täterseite«	348

4. Geänderte Strafrechtskonzepte	349
a) »Risikostrafrecht«	349
b) »Präventionsstrafrecht«	350
c) »Sicherheits(straf-)recht«	351
d) »punitive turn«	352
e) »Feindstrafrecht«	353
5. Optimierung und Korrektur	353
6. Zusammenführung	355
IV. Auslöser	355
1. Leitentscheidungen der Rechtsprechung	356
a) ... mit Veränderung, Konkretisierung oder Aktualisierung der Statik	356
b) ... mit explizitem Verweis auf die Legislative	358
c) ... mit hinreichender Resonanz	360
2. Kriminalität	361
a) Herausragende Einzelfälle bzw. -situationen	361
b) Summations- und Kumulationseffekte	363
c) Evidenzen	363
3. Europäisches und Internationales Strafrecht	364
a) EU-Strafrecht (Europäisches Strafrecht i.e.S.)	364
b) Völkerrecht	364
4. Zeitgesetzgebung und Evaluationen	365
5. Machtwechsel und Machtdemonstration	367
6. Außerstrafrechtliche Rechtsetzung	368
V. Motivationen	369
1. Normkonformität	369
2. Gestaltungswille	370
3. Machterhalt bzw. -steigerung	371
§ 3 Das Zusammenspiel von statischen und dynamischen Wirkmechanismen und die Evolution des Strafrechts	373
I. Zusammenführung der Statiken	373
II. Zusammenführung der Dynamiken	376
III. Zusammenspiel von statischen und dynamischen Wirkmechanismen	378
1. Asymmetrien	379
2. Wirkbedingungen »aktiver« Kriminalpolitik	380
3. Plurales, verfassungsgebundenes Strafrecht in einer pluralistischen Gesellschaft	380

Dritter Teil: Strafgesetzgebung in Deutschland und Europa	383
§ 4 Strafgesetzgebung in Deutschland	385
I. Das formale Verfahren der Strafgesetzgebung	385
1. Initiativen	386
a) Berechtigte (Art. 76 Abs. 1 GG)	386
b) Vorabfassung des Bundesrates bzw. der Bundesregierung (Art. 76 Abs. 2 und 3 GG)	387
2. Beratung und Beschlussfassung im Bundestag als Herzkammer des Gesetzgebungsverfahrens (Art. 77 Abs. 1 Satz 1 GG)	388
a) Erste Lesung	389
b) Ausschussarbeit	390
c) Zweite und ggf. dritte Lesung sowie Schlussabstimmung	391
3. Mitwirkung des Bundesrates und des Vermittlungsausschusses (Art. 77 Abs. 2 bis Abs. 4 GG)	392
4. Vetomacht der Bundesregierung? (Art. 113 GG)	393
5. Ausfertigung und Verkündung	395
6. Besonderheiten bei einer Grundgesetzänderung	395
II. Verfassungsrechtliche Spezifika der Strafgesetzgebung	396
1. Qualifizierte Mehrheitserfordernisse	396
2. Begründungspflichten	397
a) Begründungen im Gesetzgebungsverfahren	398
b) Rechtsprechung des BVerfG	400
c) Würdigung	401
3. Beobachtungs- und Nachbesserungspflichten	403
a) Rechtsprechung des BVerfG	403
b) Würdigung	406
4. Weitere Ansätze zur Gewährleistung (erhöhter) Diskursivität	410
5. Zusammenführung	412
III. Strafgesetzgebung und Kriminalpolitikwissenschaft	413
1. Spezifische Akteure der Strafgesetzgebung	414
a) Bundesministerium der Justiz	414
aa) Geschäftsbereich des BMJ und dessen Auswirkungen auf die Strafgesetzgebung	414
bb) Interne Organisation des BMJ	416
cc) Akteure innerhalb des BMJ	418
b) Bundeskanzleramt; weitere Ministerien	419
c) Bundesländer, insbesondere Landesjustizministerien	420
d) Gerichte und Staatsanwaltschaften; Strafkammertag	421

e)	Berufsverbände der Strafrechtspflege	422
aa)	Anwaltsverbände	422
	(1) Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK); Strauda	422
	(2) Deutscher Anwaltverein (DAV)	423
	(3) Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV)	423
	(4) Organisationsbüro der Strafverteidigervereinigungen	423
bb)	Richterverbände, insbesondere Deutscher Richterbund (DRB); Große Strafrechtskommission des DRB	424
cc)	Polizeigewerkschaften	425
f)	Sonstige Interessenverbände	425
g)	Strafrechtswissenschaft	425
h)	Medien	426
2.	Strukturelle Pfade der Einwirkung auf Strafgesetzgebung	426
a)	Koalitionsverhandlungen	426
b)	Genese von Regierungsentwürfen	428
aa)	Haus- und Ressortabstimmung (nichtöffentlicher RefE)	428
bb)	Beteiligung der Länder und der Verbände sowie des Nationalen Normenkontrollrats (RefE)	429
cc)	Regierungsentwurf (RegE)	432
dd)	Vorverlagerung und Informalisierung der Kriminalpolitik bei Regierungsentwürfen	433
ee)	Exkurs: Formulierungshilfen	433
c)	Landesinitiativen	434
d)	Anhörungen	435
aa)	Öffentliche Anhörung	435
bb)	Erweitertes Berichterstattegespräch	437
e)	Abstrakte Normenkontrolle; Rechtssatzverfassungsbeschwerde	438
f)	Zähmung in Wissenschaft und Praxis	440
3.	Zusammenführung	440
§ 5	Strafgesetzgebung in der Europäischen Union	443
I.	Das Verfahren europäischer Strafgesetzgebung	444
1.	Initiativen	445
a)	Berechtigte (Art. 76 AEUV)	445
b)	Anhörung des Rechnungshofs (Art. 325 Abs. 4 AEUV)	445

c)	Subsidiaritäts-Frühwarnsystem mit förmlicher Einbindung nationaler Parlamente	446
2.	Notbremsemechanismus (Art. 83 Abs. 3 AEUV)	447
3.	Erste Lesung	449
a)	»Allgemeine Ausrichtung« des Rates	449
b)	Beratung im Europäischen Parlament und seinen Ausschüssen	450
c)	Trilog-System und Standpunkt des Europäischen Parlaments	451
d)	Abstimmung im Rat	451
4.	Zweite und Dritte Lesung; Vermittlung	452
5.	Ausfertigung, Veröffentlichung, Inkrafttreten	452
II.	Der Umkreis europäischer Strafgesetzgebung	453
1.	Handlungszyklus im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	453
a)	Strategische Leitlinien (Art. 68 AEUV)	455
b)	Arbeitsprogramme, »Fahrpläne« und Schlussfolgerungen	458
c)	Zur Genese von Kommissionsentwürfen	460
aa)	Interne Organisation der Europäischen Kommission	460
bb)	Vorbereitung, Folgenabschätzungen und die Begründung von Kommissionsvorschlägen	462
d)	Berichtspflichten: Umsetzungskontrolle und <i>ex post</i> -Evaluierung	464
aa)	Berichtspflichten der Mitgliedstaaten	465
bb)	Berichtspflichten der Europäischen Kommission über die Umsetzung des Unionsrechtsakts in den Mitgliedstaaten	466
cc)	Berichtspflichten der Europäischen Kommission zur Evaluierung des Unionsrechtsakts	467
2.	Auslöser für EU-Strafgesetzgebung	468
a)	Parallelitäten zu Dynamiken nationaler Strafgesetzgebung	469
aa)	Leitentscheidungen der Rechtsprechung	469
bb)	Kriminalität von europäischer Dimension	470
cc)	Völkerrecht	471
dd)	Zeitgesetzgebung und Evaluationen	472
ee)	Machtwechsel und Machtdemonstrationen	472
ff)	Außerstrafrechtliche Rechtsetzung	472
b)	Besondere Auslöser für europäische Strafgesetzgebung	473
aa)	Verfolgung nationalstaatlicher Interessen?	473
bb)	»Spiel über die Bande« (<i>policy laundering</i>)?	474
cc)	Wechselspiel der Akteure	476

3.	Verflechtung nationaler und europäischer Strafgesetzgebung	477
a)	Strafverfassungsrechtliche Verflechtung	477
aa)	Institutionelle Verflechtung bei europäischer Strafgesetzgebung	477
bb)	Prozedurale Verflechtung bei europäischer Strafgesetzgebung	478
cc)	Materielle Verflechtung durch europäische und nationale Strafgesetzgebung	481
dd)	Justizielle Verflechtung	482
	(1) Nichtigkeitsklage (Art. 263 AEUV)	482
	(2) Vorabentscheidungsverfahren (Art. 267 AEUV)	483
	(3) Ultra vires-Kontrolle durch nationale Verfassungsgerichte	486
	(4) Identitätskontrolle durch nationale Verfassungsgerichte	488
ee)	Zusammenführung	490
b)	Kriminalpolitische Verflechtung	490
aa)	Verflechtung der »politics«	490
bb)	Verflechtung der »polity«	492
cc)	Verflechtung der »policy«	493
III.	Zusammenführung	494
1.	Normalisierung der Strafgesetzgebung auf europäischer Ebene	494
2.	Partiell fortbestehende Sonderrolle des Europäischen Strafrechts	495
a)	... aus europäischer Perspektive	495
b)	... aus nationaler Perspektive	496
3.	Kontrastierung europäischer und nationaler Strafgesetzgebungsverfahren	497
§ 6	Strafgesetzgebung in der 13. bis 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages	499
I.	Quantitatives	499
1.	Strafgesetze	500
a)	Häufigkeit: Straflegistische Hyperaktivität?	500
b)	Umfang	504
c)	Gegenstände	504
d)	Typisierung	506
e)	Europäische und internationale Auslöser	509
2.	Strafgesetzgebungsverfahren	511
a)	Initiatoren	511
b)	Öffentliche Anhörungen	512

c)	Veränderung im parlamentarischen Verfahren (»Strucksches Gesetz«)	512
d)	Mehrheiten im Bundestag	515
e)	Zusammenführung	516
II.	Qualitatives	517
1.	Europäisierte Strafgesetzgebung am Beispiel der RL 2011/ 36/EU und ihrer Umsetzung	518
a)	Genese des Kommissionsvorschlags zur RL 2011/36/EU	518
aa)	Das Stockholmer Programm und die Verfolgung des Menschenhandels	518
bb)	Die weitgehend folgenlose formelle Evaluation des RB 2002/629/JI	519
cc)	Der EU-Plan über bewährte Vorgehensweisen, Normen und Verfahren zur Bekämpfung und Verhütung des Menschenhandels und seine Evaluierung	521
dd)	Kommissionsvorschlag für einen überarbeiteten Rahmenbeschluss	523
ee)	Erste Beratungen im Rat und seinen Gremien	526
b)	Der formale Gesetzgebungsprozess zur RL 2011/36/EU	528
aa)	Kommissionsvorschlag KOM(2010) 95 endg.	528
bb)	Allgemeine Ausrichtung des Rates	528
cc)	Positionierung des Parlaments	529
dd)	Trilog und Verabschiedung	529
c)	Erste Versuche einer Umsetzung in Deutschland	530
aa)	Unechter Regierungsentwurf (BT-Drs. 17/13706)	530
bb)	Gesetzesantrag des Landes Niedersachsen (BR-Drs. 528/13)	532
d)	Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung des Menschenhandels	532
aa)	Referentenentwurf, Regierungsentwurf und Stellungnahme des Bundesrates	532
bb)	Informelle Vorberatungen im Bundestag und nachfolgendes parlamentarisches Verfahren	533
e)	Umsetzungsberichte der Europäischen Kommission	535
f)	Zusammenführung	536
2.	Die Verwirklichung kriminalpolitischer Ziele im 44. StrÄndG	537
a)	Das Gesetzgebungsverfahren hin zum 44. StrÄndG	538
b)	Das kriminalpolitische Herzstück des 44. StrÄndG: Die Schärfung des § 113 Abs. 1 StGB	539
aa)	»Strafrechtlicher Schutz« der Vollstreckungsbeamten als vordergründiges Ziel	540

bb) »Signal an die zur Vollstreckung berufenen Organe« als explizit benanntes Ziel	541
cc) Kommunikation mit der Gesellschaft und Wählern als hintergründiges Ziel	542
dd) Zweifelhafter Umgang mit der Kriminologie und der Strafrechtswissenschaft	543
c) Zusammenführung	546
3. Strafgesetzgebung als Reaktion auf Rechtsprechung	547
a) Rechtsprechung zur restriktiven Auslegung des StGB, insbesondere zur Verwirklichung des Bestimmtheitsgebots (Art. 103 Abs. 2 GG)	547
b) Handlungsaufträge und -anregungen des BVerfG	550
c) Sonst aufgezeigter Optimierungs- und Korrekturbedarf, insbesondere zu § 244 Abs. 1 Nr. 1 lit. a StGB	551
aa) Unbedachte Änderung des § 244 Abs. 1 Nr. 1 lit. a StGB im 6. StrRG	552
bb) Das Scheitern von Begrenzungsversuchen mit BGHSt 52, 257	553
cc) Der Weg des geringsten Widerstandes mit § 244 Abs. 3 StGB n.F. durch das 44. StrÄndG	555
4. Zusammenführung	556
 Vierter Teil: Dynamische Bestimmtheit von Strafnormen	 559
 § 7 Spezifika des strafverfassungsrechtlichen Gesetzlichkeitsprinzips (Art. 103 Abs. 2 GG)	 561
I. Gesetzlichkeitsprinzip und Rückwirkungsverbot	563
1. Allgemeines Rückwirkungsverbot in der Rechtsprechung des BVerfG	563
a) Verbot der Rechtsfolgenrückbewirkung (»echte Rückwirkung«)	563
b) Zulässigkeit tatbestandlicher Rückanknüpfung (»unechte Rückwirkung«)	564
c) Kein gesetzgleicher Vertrauensschutz bei Rechtsprechung	565
2. Hypothetische Anwendung allgemeiner Maßstäbe auf das materielle Strafrecht	566
a) Vorverlagerung des Inkrafttretens	566
b) Anwendung neuen Rechts bei Strafverfolgung von »Altfällen«	566

aa) Maßgeblichkeit des Rechts zum Entscheidungszeitpunkt	567
bb) Maßgeblichkeit des Rechts zur Tatzeit	568
cc) Differenzierung zwischen Verbots- und Sanktionsnorm	568
c) Zusammenführung: relativer Schutz vor Rückwirkungen	570
3. Vergleich mit dem strafverfassungsrechtlichen Rückwirkungsverbot	571
a) Völkerrechtsverbrechen; evident menschenrechtswidrige Rechtfertigungs- oder Entschuldigungsgründe	571
b) Verfassungswidrige Strafrechtsänderungen	573
c) Strafrechtsänderung während der Tatbegehung (§ 2 Abs. 2 StGB)	574
d) Strafrechtsänderung nach Tatbegehung (§ 2 Abs. 3 StGB)	576
e) Rückwirkungsverbot und Rechtsprechungsänderung	577
4. Zusammenführung	578
II. Gesetzlichkeitsprinzip, Normenklarheit und Normenbestimmtheit	579
1. Gebot der Normenklarheit und Normenbestimmtheit in der Rechtsprechung des BVerfG	579
a) Klare und präzise Regelung des Anlasses, des Zwecks und der Grenzen des Eingriffs (kompetenzsichernde Funktion)	580
b) Klare und erkennbare Regelung der Voraussetzungen und des Umfangs des Eingriffs (freiheitssichernde Funktion)	582
2. Hypothetische Anwendung allgemeiner Maßstäbe auf das materielle Strafrecht	585
a) Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative	585
b) Erkennbarkeit der Voraussetzungen und des Umfangs des Eingriffs	587
c) Zusammenführung: hinreichende Bestimmtheit und relative Erkennbarkeit	588
3. Vergleich mit dem strafverfassungsrechtlichen Bestimmtheitsgebot	590
a) Kongruenzen	590
b) Erkennbarkeit der Strafbarkeit anhand des Wortlauts der Strafvorschrift	594
aa) »Analogieverbot« und Verbot gewöhnheitsrechtlicher Strafbegründung und -schärfung	595
bb) Priorisierung von formellen Strafgesetzen	596
cc) Relative Erkennbarkeit	597

c)	Bestimmtheitsgebot und strafrechtliche Irrtumslehre	598
aa)	Erkennbarkeit bzw. Vorhersehbarkeit als gemeinsames Kriterium	598
bb)	Überlappende verfassungsrechtliche Fundierung	599
cc)	Bestimmtheitsgebot und unvermeidbarer Verbotsirrtum (§ 17 Satz 1 StGB)	599
dd)	Normenklarheit, Normenbestimmtheit und Tatumstandsirrtum (§ 16 Abs. 1 StGB)	602
d)	Zur Reichweite des Bestimmtheitsgebots im Allgemeinen Teil	604
aa)	Besonders strikte Geltung bezogen auf Rechtswidrigkeitsurteil	605
bb)	Besondere Gründe für Relativierungen	607
cc)	Konsequenzen für <i>actio libera in causa</i> , Einwilligung und mutmaßliche Einwilligung	609
4.	Zusammenführung	610
III.	Gesetzlichkeitsprinzip und Parlamentsvorbehalt (Wesentlichkeitstheorie)	611
1.	Allgemeiner Parlamentsvorbehalt (Wesentlichkeitstheorie) in der Rechtsprechung des BVerfG	612
2.	Hypothetische Anwendung allgemeiner Maßstäbe auf das materielle Strafrecht	614
a)	Strafbegründende und straufhebende exekutive Einzelentscheidungen	615
b)	Strafbegründung und Strafaufhebung durch Rechtsverordnung	617
3.	Vergleich mit dem strafverfassungsrechtlichen Parlamentsvorbehalt	618
4.	Zusammenführung	621
§ 8	Dynamische Elemente der (Un-)Bestimmtheit von Strafnormen	623
I.	Nachträgliche Bestimmtheit	624
1.	Abschichtungen	624
a)	Generalisierende Perspektive des Art. 103 Abs. 2 GG	624
b)	Nachträgliche Gesetzgebung	625
2.	Relevanz des Zeitpunkts	626
a)	... hinsichtlich der kompetenzsichernden Funktion	626
b)	... hinsichtlich der freiheitssichernden Funktion	627
3.	Diffuse Rechtsprechung des BVerfG	628
4.	Dynamisierung und Relativierung des Maßstabs	631

a)	Mindestvoraussetzung: im Wortlaut enthaltener Nukleus an Bestimmtheit	631
b)	Nachjustierung der Bestimmtheit (insbesondere Präzisierungsgebot)	632
5.	Zusammenführung	635
II.	Nachträgliche Unbestimmtheit	635
1.	Abschichtungen	636
2.	Relevanter Zeitpunkt	637
3.	Dynamische Kriterien des Bestimmtheitsmaßstabs	637
a)	Strafverfassungsrechtliche Herleitung	637
b)	Verstärkung durch Argumentation zur Reichweite von Generalklauseln im Gefahrenabwehrrecht	639
c)	Zusammenführung	642
4.	Anwachsen zur Verfassungswidrigkeit	643
a)	... mit Abhelfemöglichkeit des Strafgesetzgebers	644
b)	... mit Verfassungswidrigkeit <i>ex nunc</i>	644
5.	Zusammenführung	645
	 Fünfter Teil: Schlussbetrachtung	 649
	 Anhang A: Evolution des StGB in der 13. bis 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages	 665
I.	13. Legislaturperiode (1994–1998)	667
1.	32. StrÄndG (§§ 44, 69b StGB)	667
2.	AusfG SeeRÜbk	667
3.	SFHÄndG	667
4.	33. StrÄndG (§§ 177 bis 179 StGB)	669
5.	IuKDG	670
6.	KorrBG 1997	670
7.	TPG	671
8.	KindRG	671
9.	BegleitG (zum TKG)	671
10.	Bekämpfung von Sexualdelikten	672
11.	6. StrRG	672
a)	Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	673
b)	Straftaten gegen Leib, Leben und die persönliche Freiheit	674
c)	Eigentums- und Vermögensdelikte; Urkundenstrafrecht	675

d)	Gemeingefährliche Straftaten, insbesondere Brandstiftungsdelikte	676
e)	Weitere Änderungen	677
12.	Berichtigung des 6. StrRG	678
13.	StVG-ÄndG	679
14.	Verbesserung der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität	679
15.	PsychThG	680
16.	Nuklearversuche	680
17.	11. LuftVG-ÄndG	681
18.	3. BNotarO-ÄndG	681
19.	BRAO-ÄndG	681
20.	EGFinSchG	682
21.	EUBestG	682
22.	Neubekanntmachung	683
II.	14. Legislaturperiode (1998–2002)	684
1.	Schutz von Verfassungsorganen des Bundes	684
2.	StVÄG 1999	684
3.	Lebenspartnerschaften	684
4.	G zur Bekämpfung gefährlicher Hunde	686
5.	UntersuchungsausschussG	686
6.	Euro-Einführung	686
7.	StVBG	687
8.	ProstitutionsG	687
9.	BVerfGE 105, 135 (Vermögensstrafe)	687
10.	ZuwanderungsG 2002	688
11.	VStGB	688
12.	5. Steuerbeamten-AusbildungsÄndG	688
13.	Illegale Beschäftigung	689
14.	Vorbehaltene Sicherungsverwahrung	689
15.	Ausführung 2. Prot. EG-FinSchÜbk	689
16.	34. StrÄndG (§ 129b StGB)	690
III.	15. Legislaturperiode (2002–2005)	691
1.	BVerfGE 106, 310 (Zuwanderungsgesetz)	691
2.	Umsetzung RB 2002/475/JI	691
3.	35. StrÄndG	693
4.	Arbeitsmarktreform	694
5.	Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	694
6.	BVerfGE 110, 141 (Kampfhunde)	696
7.	BVerfGE 110, 226 (Geldwäsche)	696
8.	BVerfGE 109, 133 (Sicherungsverwahrung I)	697
9.	UWG 2004	697

10. Gemeinsame Agrarpolitik	697
11. Nachträgliche Sicherungsverwahrung	697
12. SchwarzarbeitsbekämpfungsgG	698
13. ZuwanderungsgG 2004	699
14. 36. StrÄndG (§ 201a StGB)	699
15. 1. JustizmodernisierungsgG	699
16. Lebenspartnerschaftsrecht	700
17. 37. StrÄndG (§§ 180b, 181 StGB)	700
18. Billigung, Leugnung oder Verherrlichung der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft	701
19. Umsetzung von BVerfGE 109, 279	702
20. 38. StrÄndG	702
21. 39. StrÄndG (§§ 303, 304 StGB)	703
IV. 16. Legislaturperiode (2005–2009)	703
1. Bereinigung von Bundesrecht	703
2. Bürokratieabbau	705
3. Stärkung der Rückgewinnungshilfe und der Vermögensabschöpfung	705
4. 2. JustizmodernisierungsgG	705
5. Personenstandsrechtsreform	706
6. 40. StrÄndG (Stalking)	706
7. Führungsaufsicht	706
8. Sicherung der Unterbringung	707
9. GewebeG	707
10. 41. StrÄndG (Computerkriminalität)	707
11. VN-Übereinkommen zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen	708
12. Rechtsberatung	708
13. TKÜ-Neuregelung	709
14. Grundstoffüberwachung	709
15. Steuerberatung	709
16. GwBekErgG	710
17. Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornographie	710
18. 42. StrÄndG	712
19. 2. Opferrechtsreformgesetz	712
20. 43. StrÄndG	712
21. Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten (GVVG)	713
22. Neuregelung des Wasserrechts	713
23. Umsetzung RB 2006/783/JI und RB 2008/675/JI	714

V. 17. Legislaturperiode (2009–2013)	715
1. Neuordnung des Rechts der Sicherungsverwahrung	715
2. Umsetzung RB 2008/913/JI sowie Zusatzprotokoll Cybercrime-Konvention	715
3. Schwarzgeldbekämpfungsgesetz	717
4. BVerfGE 128, 326 (Sicherungsverwahrung II)	717
5. Zwangsheirat	717
6. 44. StrÄndG	718
7. 45. StrÄndG	719
8. Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts	719
9. BVerfGE 130, 372 (Maßregelvollzugszeiten)	719
10. Pressefreiheit im Straf- und Strafprozessrecht	720
11. Täterverantwortung	720
12. Abstandsgebot	720
13. Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz	721
14. Industrieemissionen	721
15. Jagdrecht	722
16. 46. StrÄndG	722
17. StORMG	722
18. AIFM-UmsG	723
19. 47. StrÄndG	723
20. Designgesetz	723
VI. 18. Legislaturperiode (2013–2017)	724
1. 48. StrÄndG	724
2. 49. StrÄndG	724
3. Umsetzung Empfehlungen NSU-Untersuchungsausschuss	727
4. GVVG-ÄndG	727
5. Zehnte ZuständigkeitsanpassungsVO	728
6. AsylverfahrensbeschleunigungsG	728
7. Bereinigung des Rechts der Lebenspartner	728
8. KorrbG 2015	729
9. Geschäftsmäßige Förderung der Selbsttötung	730
10. Vorratsdatenspeicherung	730
11. Korruption im Gesundheitswesen	731
12. 1. FiMaNoG	731
13. Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus	732
14. Modernisierung des Besteuerungsverfahrens	732
15. Informationsaustausch Terrorismusbekämpfung	732
16. Menschenhandel	733
17. Änderung abfallverbringungsrechtlicher Vorschriften	733
18. 50. StrÄndG	734

19. VStGB-Änderung	734
20. Nachstellungen	735
21. 51. StrÄndG	735
22. Vermögensabschöpfung	736
23. 52. StrÄndG	736
24. 53. StrÄndG	737
25. 2. FiMaNoG	737
26. Elektronische Akte	737
27. Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten	738
28. 54. StrÄndG	738
29. 55. StrÄndG	739
30. Effektivere und praxistauglichere Ausgestaltung des Strafverfahrens	739
31. 56. StrÄndG	739
32. Schutzes von Geheimnissen bei der Mitwirkung Dritter an der Berufsausübung schweigepflichtiger Personen	740
33. Berichtigung des Gesetzes zur effektiveren und praxistauglicheren Ausgestaltung des Strafverfahrens	740
VII.19. Legislaturperiode (2017–2021)	741
1. Gleichgeschlechtliche Ehe	741
2. Information über einen Schwangerschaftsabbruch	741
3. BWahlG-ÄndG	741
4. PIF-Umsetzung	742
5. Psychotherapeutenausbildung	742
6. 2. DSAnpUG-EU	744
7. 57. StrÄndG	744
8. BVerfGE 153, 182 (Suizidhilfe)	745
9. 58. StrÄndG	745
10. EUSTaG	745
11. 59. StrÄndG	746
12. 60. StrÄndG	746
13. JStG 2020	747
14. Geldwäsche-RL-Umsetzung	747
15. 61. StrÄndG	747
16. Rechtsextremismus und Hasskriminalität	748
17. Bestandsdaten-ReparaturG	749
18. Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder	750
19. StPO-Fortentwicklung	751
20. Berufsrechts-Neuregelung	751
21. Cyberstalking	752
22. Anti-Doping-Gesetz-Änderung	752

23. Betreiben krimineller Handelsplattformen	752
24. Feindeslisten	753
25. Transparenzregeln für MdB	754
 Anhang B: Materielles Europäisches Strafrecht im Überblick	 755
I. Sekundärrecht gestützt auf den Vertrag von Maastricht (1993–1999)	755
1. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (GM 96/443/JI)	756
2. Drogenhandel (GM 96/750/JI)	756
3. Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung von Kindern (GM 97/154/JI)	756
4. Geldwäsche (GM 98/699/JI)	757
5. Organisierte Kriminalität (GM 98/733/JI)	757
6. Bestechung im privaten Sektor (GM 98/742/JI)	757
II. Sekundärrecht gestützt auf den Vertrag von Amsterdam (1999–2003)	758
1. Geldfälschung (RB 2000/383/JI)	758
2. Betrug und Fälschung unbarer Zahlungsmittel (RB 2001/413/JI)	758
3. Geldwäsche (RB 2001/500/JI)	758
4. Geldfälschung (Rückfallschärfung) (RB 2001/888/JI)	759
5. Terrorismus (RB 2002/475/JI)	759
6. Menschenhandel (RB 2002/629/JI)	759
7. Beihilfe zur unerlaubten Migration (RB 2002/946/JI)	760
8. Schutz der Umwelt (RB 2003/80/JI)	760
III. Sekundärrecht gestützt auf den Vertrag von Nizza (2003–2009)	760
1. Bestechung im privaten Sektor (RB 2003/568/JI)	760
2. Sexuelle Ausbeutung von Kindern (RB 2004/68/JI)	761
3. Drogenhandel (RB 2004/757/JI)	761
4. Einziehung (RB 2005/212/JI)	761
5. Angriffe auf Informationssysteme (RB 2005/222/JI)	761
6. Meeresverschmutzung durch Schiffe (RB 2005/667/JI)	762
7. Berücksichtigung ergangener Verurteilungen (RB 2008/675/JI)	762
8. Organisierte Kriminalität (RB 2008/841/JI)	762
9. Umwelt (RL 2008/99/EG)	763
10. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (RB 2008/913/JI)	763
11. Terrorismus (RB 2008/919/JI)	763
12. Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen ohne rechtmäßigen Aufenthalt (RL 2009/52/EG)	764
13. Meeresverschmutzung durch Schiffe (RL 2009/123/EG)	764
IV. Sekundärrecht gestützt auf den Vertrag von Lissabon (seit 2009)	765

1. Menschenhandel (RL 2011/36/EU)	765
2. Sexueller Missbrauch von Kindern (RL 2011/93/EU)	765
3. Angriffe auf Informationssysteme (RL 2013/40/EU)	766
4. Sicherstellung und Einziehung (RL 2014/42/EU)	766
5. Marktmissbrauch (RL 2014/57/EU)	766
6. Geldfälschung (RL 2014/62/EU)	767
7. Terrorismus (RL [EU] 2017/541)	767
8. PIF (RL [EU] 2017/1371)	767
9. Neue psychoaktive Substanzen (RL [EU] 2017/2103)	768
10. Geldwäsche (RL [EU] 2018/1673)	768
11. Betrug und Fälschung unbarer Zahlungsmittel (RL [EU] 2019/713)	769
V. Überblick über Querschnittsfragen und -materien	769
1. Rechtsgrundlage	769
2. Maßgaben für das Strafanwendungsrecht	769
3. Maßgaben für Teilnahme- und Versuchsstrafbarkeit	771
4. Mehrheiten und Abstimmungsverhalten	771
5. Umsetzung in Deutschland	771
Literaturverzeichnis	777
Stichwortverzeichnis	845